

(Paul Nemeth)

Sie rühmen sich mit der Südschiene, und was passiert in Sachen Energiewende? Jeder geht seine eigenen Wege. Der Umweltminister sagt, er schreibt der Kollegin Aigner einen Brief. Da wäre einmal interessant, was sie geantwortet hat. Aber besser wäre es natürlich, den Hörer in die Hand zu nehmen und miteinander zu sprechen.

Wir, die CDU Baden-Württemberg, stehen zum Ausbau. Wir halten ihn für notwendig; er ist elementar für die Energiewende, und daran gibt es überhaupt nichts zu deuteln.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Er ist ja längst beschlossen!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Wilfried Klenk:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Stober.

**Abg. Johannes Stober SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Legislaturperiode ist jetzt vier Jahre alt. Ich war lange Zeit der Überzeugung – gerade auch durch die vielen Diskussionen, die wir im Umwelt- und Energieausschuss hatten; Kollege Nemeth ist auch darauf eingegangen –, dass es in diesem Haus beim Thema Stromnetzausbau Konsens gibt.

Wir hatten dann die Situation – es handelte sich nicht um einen formalen Beschluss, sondern schlicht und ergreifend um eine Pressemitteilung; aber darum geht es jetzt nicht –, in der unser Ausschussvorsitzender, Herr Müller, sich noch einmal klar und eindeutig gegen die verantwortungslose Haltung des Landes Bayern, aber auch gegen die verantwortungslose Haltung des BUND beim Thema Stromnetzausbau ausgesprochen hat, weil damit die Energiewende gefährdet wird. Das war der gemeinsame Weg, den wir in diesem Haus gegangen sind.

Was haben wir dann gemacht? Wir, die SPD-Fraktion, haben nichts anderes gemacht, als dass wir den Vorschlag unterbreitet haben, das, was in der Pressemitteilung von Herrn Müller stand, hier zum Beschluss zu erheben. Was gab es dann? Es gab Zustimmung von der grünen Seite, es gab Zustimmung von der FDP-Seite, es gab auch Zustimmung von der Arbeits- und Fachebene der CDU. Dann gab es eine CDU-Fraktionssitzung.

(Widerspruch des Abg. Winfried Mack CDU)

– Dann gab es eine CDU-Fraktionssitzung. Dann war plötzlich der Bundesbedarfsplan nicht mehr – –

(Abg. Winfried Mack CDU: Stimmt doch gar nicht! Der Umweltminister wollte die Trasse bauen!)

Dann gab es hier auch keine Mehrheit mehr über alle Fraktionen hinweg, sondern nur noch eine von SPD, Grünen und FDP/DVP getragene Mehrheit. An dieser Stelle hat bereits das Herumgeeiere begonnen, und mit der Pressemitteilung von Herrn Wolf ist dies weitergeführt worden.

Deswegen interessiert uns, die SPD-Fraktion, hier weniger, was die Umwelt- und Energiepolitiker der CDU-Fraktion sagen – da kann ich mit dem meisten von Herrn Nemeth Gesagten auch mitgehen –, sondern uns interessiert, was die CDU-Fraktion, insbesondere deren Vorsitzender und Spitzenkandidat Guido Wolf, zu diesem Thema zu sagen hat.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich habe kein Problem, Herr Wolf, dass Sie vorhin auch zum Thema Informatikunterricht geredet haben, auch wenn Sie sich hierzu in der Sache nicht besonders gut informiert hatten. Aber zu diesem für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg so zentralen Thema erwarte ich nun von einem, der dieses Land regieren möchte, klare Aussagen. Die fehlen aber weiterhin.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich möchte noch einmal darauf eingehen – Kollegin Lindlohr hat es bereits getan –, was für Auswirkungen es hätte, wenn wir in Deutschland einen – so nenne ich es jetzt einmal – „bayerischen Strom-Grexit“ bekommen würden. Was für Auswirkungen hätte das? Es gibt drei Möglichkeiten.

Die erste Möglichkeit: Man schmeißt die Atomkraftwerke wieder an. Ich bin überzeugt, dass der Bundestag und die breite Mehrheit der Fraktionen im Deutschen Bundestag und in den Ländern dagegen sind.

Die zweite Möglichkeit wäre, dass wir Versorgungsengpässe bekommen, insbesondere mit großen Problemen für unser produzierendes Gewerbe. Wenn unrlötzlich der Strom ausfällt und die Produktionsprozesse abrupt abbrechen, wäre die Folge, dass die Akzeptanz für die Energiewende in Deutschland leiden würde.

Die dritte Variante – zu der es vermutlich kommen würde – ist, dass die Bundesnetzagentur einschreitet und Deutschland in zwei Preiszonen unterteilt. Ich fürchte, dass wir dann mit Bayern zusammen im Süden verhaftet wären. Die Folge – der Vorstandsvorsitzende der TenneT hat es klar formuliert –: 30 % mehr Kosten beim Stromeinkauf als Aus und eine Riesengefährdung für die stromintensive Industrie in Baden-Württemberg. Herr Wolf, mit dieser Haltung die Sie bisher an den Tag legen, gefährden Sie den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und viele Arbeitsplätze in unserem Land. Das kann nicht sein.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich bin auch unserem Wirtschaftsminister Nils Schmid sehr dankbar: Heute oder dieser Tage jedenfalls findet eine Wirtschaftsministerkonferenz statt – vermutlich ist das auch der Grund, weshalb er gerade nicht anwesend ist –, auf der dieses Thema noch einmal angesprochen wird. Es gibt einen Beschlussvorschlag der Länder Baden-Württemberg und Hessen, in dem man sich noch einmal ganz klar zu diesem Thema positionieren will. Ich lese jetzt hier einfach einmal einen Teil vor:

*Die Wirtschaftsministerkonferenz stellt daher mit Sorge fest, dass der Ausbau insbesondere der Übertragungsnetze weiterhin nur langsam vorankommt. Um die Versorgungssicherheit nicht zu gefährden, darf die Umsetzung der Netzausbauplanung nicht weiter verzögert werden. Die Wirtschaftsministerkonferenz bekennt sich vor diesem Hintergrund ausdrücklich zu den gemeinsam von Bundestag und Bundesrat beschlossenen Netzausbauprojekten und zum Ausbau des Übertragungsnetzes als solches, wie er im Bundesbedarfsplangesetz verankert ist.*

(Johannes Stober)

Genau das, wortwörtlich, hatten hier SPD, Grüne und FDP/DVP beantragt. Genau das, Herr Wolf, hatten Sie hier in diesem Haus abgelehnt. Ich frage mich, wie es laufen würde, wenn Sie hier regieren würden. Die Hessen wären letzten Endes allein an dieser Stelle, wenn keine Unterstützung aus Baden-Württemberg vorhanden wäre. Das kann nicht sein.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Deswegen kann ich nur eines sagen: Klare Kante beim Thema Netzausbau. Weniger auf Bayern schauen, Partner suchen, in Hessen, Rheinland-Pfalz und anderen Ländern. Das ist der richtige Weg für Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Wilfried Klenk:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort dem Kollegen Glück.

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die FDP Baden-Württemberg und die FDP/DVP-Fraktion stehen zu „blauem Wachstum“. Wir haben das auch an unserem Dreikönigstreffen in diesem Jahr verabschiedet. Zentrale Punkte dieses „blauen Wachstums“ sind zum einen die Nachhaltigkeit und zum anderen, dass jedes Land und jede Region entsprechend ihren Stärken für die Energiewende einen Beitrag leisten kann. Dazu gehört für uns, die FDP/DVP-Fraktion, auch die Windkraft – allerdings nicht im Sinne von Schwachwindanlagen in Baden-Württemberg, von denen selbst eine grün geführte Landesregierung im vergangenen Jahr gerade mal sieben Anlagen hinbekommen hat – drei wurden abgebaut –, sondern wir wollen Windkraftanlagen dort haben, wo es eben Wind gibt. Da lohnt es sich einfach einmal draufzuschauen, wo denn dieser Wind ist.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wo ist der Wind?)

Wenn wir bei einer durchschnittlichen Windkraftanlage in Baden-Württemberg – Bei Ihnen ist der Wind halt leider nicht, Frau Sitzmann. – Bei uns in Baden-Württemberg ist der Wind leider nicht, zumindest ist er nicht ausreichend für den Betrieb von Windkraftanlagen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Dann sollten Sie sich einmal den Windatlas zu Gemüte führen!)

Wir haben durchschnittlich 1 250 Volllaststunden für Windkraftanlagen. Gehen wir nach Schleswig-Holstein, sind wir bereits bei über 2 200 Stunden. Schauen wir uns einmal Offshorewindkraftanlagen an: Dort sind es deutlich über 4 000 Volllaststunden im Jahr, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Deswegen sind wir der Auffassung – wir sind es schon von Anfang an gewesen –: Nicht jedes baden-württembergische Windkraftland muss in Baden-Württemberg stehen, sondern wir wollen die Dinger lieber dort haben, wo es tatsächlich Wind gibt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das ist Teil Ihres „blauen Konzepts“!)

Dazu benötigen wir einen Leitungsausbau. Wir müssen dafür sorgen, dass dieser Windstrom eben von dort, wo er erzeugt

wird, wo er sinnvoll und in absehbarer Zeit wirtschaftlich erzeugt werden kann, dorthin kommt, wo er benötigt wird, und zwar zu uns in den Süden mit seinem hohen Energiebedarf, wo die Wirtschaft floriert und wir somit auch einen hohen Stromverbrauch haben.

Eigentlich gab es, was den Übertragungsnetzausbau anging, einen Konsens. Es gab den Konsens im Rahmen des Bundesbedarfsplangesetzes 2013, bei dem übrigens auch die CSU mit an Bord war und mitgemacht hat. Jetzt soll es zu einer einseitigen Aufkündigung durch Ilse Aigner und Horst Seehofer kommen. Sie fordern, dass die SuedLink-Trasse nach Westen verlagert wird; ansonsten würden sie u. a. mit Naturschutzbelangen drohen, um den Leitungsausbau zu blockieren. Dieses Bestreben wird außerdem mit dem Hinweis versehen, es könne nicht sein, dass Bayern das einzige Bundesland sei, welches von zwei großen Übertragungstrassen betroffen wäre.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist Baden-Württemberg auch. Wir haben Ultranet und SuedLink. Unabhängig von der Tatsache, dass Bayern vom EEG in seiner jetzigen Form mehr profitiert als jedes andere Bundesland – Bayern kassiert aus dem Aufkommen der EEG-Umlage jährlich 1 Milliarde € mehr, als die Bayern an EEG-Umlage bezahlen –, unabhängig also davon, dass Bayern ohnehin an anderer Stelle profitiert, können, wenn Bayern den Konsens jetzt aufkündigt, zwei Dinge drohen.

Erstens: Die SuedLink-Trasse wird bis 2022 nicht fertiggestellt. Zweitens: Es droht eine Aufspaltung in zwei Preiszonen, in eine Preiszone Nord mit niedrigeren Strompreisen und eine Preiszone Süd mit höheren Strompreisen. Das darf nicht sein. Das ist nicht unser Interesse; das ist auch nicht das Interesse Bayerns. Aber entweder verstehen die Bayern es nicht, oder sie haben sich für den populistischen Weg entschieden, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das darf nicht sein.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Diese Entwicklung betrachten wir mit Sorge. Deswegen haben wir bereits im April dieses Jahres einen Antrag mit dem Titel „Gefährdet die Bayerische Staatsregierung die Stromversorgung in Baden-Württemberg?“ gestellt. Die Stellungnahme des Umweltministeriums, für die ich danken möchte, zeigt, dass es auch ein Risiko für uns ist, wenn diese Stromtrassen so nicht gebaut werden können.

Die Bayerische Staatsregierung erinnert hierbei ein ganz kleines bisschen an eine Burg, die aus Populismus alle Zugbrücken nach oben gezogen hat und sich eines Tages wundert, dass die Vorräte an Wein zur Neige gehen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich bin aber guter Dinge, dass das auch die Bürgerinnen und Bürger in Bayern verstehen. Der Freie-Wähler-Chef Aiwaner in Bayern sagte auch schon über Aigners Pläne, sie seien so, wie wenn man eine Kegelbahn in Nachbars Garten bauen möchte, weil man sich selbst den eigenen Rasen nicht versauen wolle.

Ich bin also guter Dinge, dass auch Aigner und Seehofer möglicherweise kapieren, dass sie da auf dem Holzweg sind.

Ich habe jetzt zwei Forderungen zu stellen. Die eine Forderung möchte ich an die CDU-Fraktion richten. Sie haben sich